

Kassel, 01.11.2007

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

Kommunale Bildungsverantwortung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und Grüne
- 101.16.688 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Bergmann

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausrüstung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausrüstung betrifft, besser gewahrt werden.

2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds **in der Dezembersitzung des JHA Fachausschuss für Jugendhilfeplanungsfragen und der Januarsitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung** vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen **ingerichtet werden und** vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Ablehnung: ---
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **zugestimmt**.

Durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen **eingerrichtet werden und** vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Ablehnung: ---
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD von B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **zugestimmt**.

Gabriele Jakat
Vorsitzende

Anja Koch
Schriftführerin